

Schleswig-Holsteinischer Landtag □
Umdruck 16/3904



30. Januar 2009

Stellungnahme zur Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU

Der Landesjugendring begrüßt die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU „Jugend in Schleswig-Holstein“ vom Herbst 2008. Sie stellt eine Grundlage für die Weiterentwicklung der Jugendpolitik im Land dar. In dieser Stellungnahme beschränken wir uns auf uns besonders wesentlich erscheinende Themenbereiche. Gern sind wir darüber hinaus bereit, auf weitere Themen z. B. auch in einer mündlichen Anhörung im Sozialausschuss einzugehen.

Demographische Entwicklung

Von den 790.000 jungen Menschen bis 27 Jahren waren nach Schätzungen der Landesregierung 600.000 im Jahr 2006 in Jugendverbänden und Jugendgruppen aktiv. Damit ist es gelungen, in den letzten beiden Jahrzehnten den in Schleswig-Holstein immer schon sehr hohen Organisationsgrad von jungen Menschen in Jugendverbänden und Vereinen zu halten.

Wie aus den Antworten der Fragen 1-3 hervorgeht, wird die Zahl der jungen Menschen im Land bis 2025 um durchschnittlich 19,6 % zurückgehen. Dieser Rückgang wird im ländlichen Raum und vor allem im nördlichen und östlichen Schleswig-Holstein und an der Westküste besonders hoch sein und beträgt im Kreis Ostholstein 26,9%, in Schleswig-Flensburg 26,8 % und in den Kreisen Steinburg und Dithmarschen 26 % bzw. 25,9 %.

Um unter diesen Bedingungen noch ein attraktives Angebot in der Kinder- und Jugendarbeit anbieten zu können, werden die Jugendverbände und Vereine ihre Aktivitäten in der Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher MitarbeiterInnen weiter intensivieren müssen. Dies muss vor dem Hintergrund geringerer Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen geleistet werden, um den ländlichen Raum auch weiterhin als Arbeits- und Lebensraum für junge Familien attraktiv zu halten und eine soziale Verödung zu vermeiden. Überlegungen zum Thema, weniger Kinder und Jugendliche gleich weniger Jugendförderung, werden von den Jugendverbänden klar zurück gewiesen. Im Gegenteil, es werden voraussichtlich sogar mehr Hauptamtliche benötigt, um die Qualität und den Standard der Jugendarbeit überhaupt halten zu können.

Jugendarbeit Ehrenamt Ländlicher Raum

Die im Bericht der Landesregierung zitierten Zahlen aus der Landjugendstudie von 2007, wonach 66 % der Jugendlichen mit ihrer Wohnsituation zufrieden sind (Frage 6), sagen zu wenig über Abwanderungstendenzen junger Menschen aus dem ländlichen Raum aus, weil die Befragten im Durchschnitt erst 15 Jahre alt waren. De facto werden aber weit mehr junge Menschen nach ihrem Schulbesuch ihre ländliche Umgebung verlassen müssen, um ein Studium oder eine qualifizierte Ausbildung in Universitätsstädten oder Wirtschaftsmetro-

polen anzutreten. Leider sind die 18-20-jährigen in der Landjugendstudie nicht befragt worden.

In dem Maße aber wie dieser Personenkreis den ländlichen Raum verlässt und keinen Studienplatz oder Ausbildungsplatz in Schleswig-Holstein findet, fällt er auch aus für eine aktive ehrenamtliche Rolle in Jugendverbänden und Sportvereinen. Er ist aber besonders wichtig, um die überwiegend ehrenamtlich organisierten Aktivitäten für junge Menschen in den Jugendverbänden und Vereinen auch in Bezug auf Freizeitaktivitäten für Kinder und Jugendliche zu erhalten. Denn die in Frage 13 angeführten kreativen und sportlichen Angebote in den rund 400 offenen Ganztagschulen dürften allenfalls 20 % der schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen erreichen. Ob sie ein Ersatz für verbandliche Aktivitäten sein sollen oder können ist weder geklärt, noch eingehend wissenschaftlich untersucht worden. Die Jugendverbände sehen sehr wohl, dass im Bereich der Schulen aber auch durch kommerzielle Anbieter neue Angebote für Freizeitaktivitäten und Jugendreisen an Kinder und Jugendliche herangetragen werden. Sie stellen sich dieser Situation und versuchen, ihre attraktiven Angebote klarer zu positionieren wie z.B. im Jugendreisen.

Im Bereich der Kooperation von Jugendarbeit und Schule wird von Ehrenamtlichen immer wieder darauf hingewiesen, dass Ehrenamt im Jugendverband und ein ehrenamtliches Engagement in Schulen nur begrenzt vereinbar sind. Wenn in der Kooperation von Jugendarbeit und Schule die Strukturen der Zusammenarbeit tatsächlich weiter ausgebaut werden sollen und damit die Ziele solcher Kooperationsbeziehungen und der damit verbundenen Öffnung von Schule für Jugendverbände und andere soziale Träger ernst genommen werden sollen, dann müssten neue Förderstrukturen und- mittel entwickelt und bereitgestellt werden.

Im Schlusssatz der Antwort auf Frage 15 bewertet die Landesregierung das Freizeitangebot im ländlichen Raum als gut. Das ist allerdings nur eine Momentaufnahme. Um eine solche Feststellung 2025 wieder treffen zu können, bedarf es erheblicher Anstrengungen von Landesseite, aber auch von den örtlichen Trägern, um das überdurchschnittliche ehrenamtliche Engagement in Schleswig-Holstein aufrecht zu halten. Dass es dieses Niveau im Land erreicht hat, ist vor allem auf das hohe Engagement der Jugendverbände zurückzuführen, die in den letzten zwei Jahrzehnten besonders stark in die Aus- und Fortbildung Ehrenamtlicher investiert haben. Nach Niedersachsen bilden die Jugendverbände bezogen auf die Einwohnerzahl die zweitmeisten JugendleiterInnen aus. Mit der Einführung der neuen Jugendleiter-Card im Sommer/Herbst 2009 sollen diese Initiativen erneut verstärkt werden. Einerseits um weiterhin das erreichte Niveau an Angeboten für Kinder und Jugendliche halten zu können und nach Möglichkeit auszubauen, andererseits weil engagierte junge Menschen ein wesentlicher Rückhalt für demokratische Strukturen im sozialen Bereich sind.

Medien und Jugendliche

Dass die Nutzung elektronischer Medien zur Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen zunimmt, teilt der LJR. Dies aber einzig mit Bewegungsangeboten für Kinder- und Jugendliche auffangen zu wollen, greift zu kurz. Über die potentiellen Auswirkungen der erhöhten Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen haben wir immer noch zu wenig Erkenntnisse, um hieraus alle notwendigen Konsequenzen für Jugendarbeit, Medienschutz und Medienpädagogik im Land ableiten zu können.

Wir ziehen zur Ergänzung der Quellen der Landesregierung das wissenschaftliche Gutachten zum „Kommunikations- und Medienbericht der Bundesregierung“ vom Hans-Bredow-Institut aus Dezember 2008 hinzu.

Was also bedeutet die angegebene Zahl von 94% Handybesitz bei Jugendlichen?

87 Prozent der Jugendlichen in Deutschland wissen, dass brutale Videos oder Pornofilme über Handys versendet werden. Ein Drittel kennt jemanden, der schon einmal solche Filme bekommen hat, und neun Prozent haben selbst schon einmal solche Videos bekommen. Zeuge von gefilmten Brutalitäten (Happy Slapping) waren 29 Prozent der jugendlichen Handy-Besitzer. Viele Schulen ziehen aus diesen Entwicklungen die Konsequenz, die Handys zu verbieten. Dies löst jedoch nicht die Problematik, sondern verschiebt sie nur nach draußen. Hier können wir auf das Projekt „Handyscouts“ zur Gewaltprävention und Förderung von Medienkompetenz des AKJS hinweisen. Dort werden Jugendliche landesweit geschult, um ihre Mitschüler/-innen mit der Gewaltthematik zu konfrontieren. Ebenso wichtig ist dabei das Thema „Schutz der Persönlichkeitsrechte“ der jugendlichen Opfer. Solche kleinen Projekte sollten stark erweitert werden, da sich Jugendliche häufig eher an Gleichaltrigen (PEERS) orientieren, als an Erwachsenen.

Was bedeutet die Aussage „im Kinderalter wird noch überwiegend gemeinsam mit den Eltern gesurft ...“?

Die Bredow-Studie sagt aus, dass 35 Prozent der Internet nutzenden Kinder (6-13-jährige) sich allein im Internet bewegen. Sämtliche deutsche Jugendschutzsysteme wie USK, FSK und FSF können leicht von 10-jährigen mit Internetzugang umgangen werden. Eltern, Lehrer/-innen und pädagogische Fachkräfte in der Jugendarbeit müssen hier verstärkt medienpädagogisch geschult werden, um Kindern und Jugendlichen mit Kompetenz zu begegnen. Das Projekt „Eltern-Medien-Lotse“ des OK Schleswig-Holstein und vereinzelte Medienprojekte von Jugendrängen sind hier positiv zu nennen, aber zu wenig.

Ebenso sollten wir nicht außer Acht lassen, dass heute schon 25% der Jugendlichen ihre Beziehungen in verschiedenen Communities und Foren pflegen. Die Definition von Identität hat für Jugendliche mehr denn je auch mit der Anzahl der Kontakte in sozialen Netzwerken wie SchülerVZ o.ä. zu tun. Der sorglose Umgang mit personenbezogenen Daten und die geringe Abgrenzung von Privatem und Öffentlichem ist ein wichtiger Punkt in der zukünftigen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen.

Was bedeutet die Aussage „Es wird mit dem Computer deutlich häufiger für die Schule gearbeitet als gespielt“?

Der Aussage der Landesregierung, dass Jugendliche nicht nur vor dem Computer sitzen, sondern sich auch sozial engagieren, stimmen wir zu. Aber 76 % der 14- bis 19-Jährigen haben 2007 Computer- oder Konsolenspiele gespielt. Eine 2005 veröffentlichte Studie der Berliner Charité zeigte, dass etwa jeder zehnte erwachsene Computerspieler Abhängigkeitskriterien erfüllt, welche mit denen von anderen Süchtigen, wie beispielsweise Alkoholabhängigen, vergleichbar sind. Hier brauchen wir möglichst bald Zahlen für die Heranwachsende und suchtpräventive Konzepte für die Unterstützung der gefährdeten Kinder- und Jugendlichen.

Die Forschung zeigt deutlich, dass die Medien für gelingende oder misslingende Sozialisationsprozesse von Bedeutung sein können. Deshalb brauchen wir neben guten medienpädagogischen Konzepten auch eine effektive Mediensuchtprävention. Nur so kann Jugendlichen und Kindern ein selbst bestimmter und kritischer Umgang mit Medien, also letztlich Medienkompetenz vermittelt werden. Die Auflösung der Kreisbildstellen hat dazu

geführt, dass in vielen Kreisen im Land keine kompetenten Ansprechpartner für Medienpädagogik zur Verfügung stehen.

Jugend und Umwelt

Die Bewertung in Frage 16, dass das Engagement im Umweltbereich relativ gering ist, können wir in dieser Absolutheit nicht teilen. Der Umweltbereich ist zwar auch, was die Vielzahl der Verbände angeht, zersplitterter als andere Felder der Jugendverbandsarbeit, es haben sich in den letzten Jahren jedoch durchaus neue Aktivitäten und auch Verbände organisiert und andere ihre Arbeit stabilisiert, wie z. B. die Jugend PRONatur oder die BUND-Jugend. Ende 2008 haben der Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder, die BUND-Jugend und der Landesjugendring ein gemeinsames Falblatt zur Bildung für nachhaltige Entwicklung heraus gebracht und beschlossen, einen Referentenpool für diesen Arbeitsbereich aufzubauen.

Jugendförderung und personelle Ausstattung der Jugendarbeit

Die Förderung des Landes für die Jugendverbandsarbeit ist nach wie vor unverzichtbar. Die Gesamtförderung hat sich jedoch mit Ausnahme der Übernahme von Verdienstausfall für Ehrenamtliche, die im Land vorbildlich geregelt ist, seit 1995 nicht erhöht. Dass wird vor allem vor dem Hintergrund der Kosten- und Gehaltssteigerungen in den letzten Jahren für viele Jugendverbände zum Problem, weil der zunehmende Kostendruck letztlich dazu führt, dass Jugendverbände weniger Angebote für Kinder und Jugendliche durchführen können.

Mit der nächsten anstehenden Veränderung der Förderungsrichtlinien müssen die Richtlinien so gestaltet werden, dass Jugendverbände auch in Zeiten abnehmender Mitgliederzahlen weiter arbeits- und förderungsfähig bleiben. Nach einhelliger Auffassung der Jugendverbände besteht mittelfristig der Bedarf die Jugendverbandsförderung um 20 Prozent anzuheben.

Der Hinweis in der Beantwortung der Frage 21, für die personelle Ausstattung und Förderung seien in erster Linie die örtlichen Träger zuständig, ist zutreffend.

Allerdings fördern nur 11 von 15 Kreisen und kreisfreien Städten Personalkosten für Kreisjugendringe. Für Personalkosten in den Verbänden werden nur zum Teil Zuschüsse an Verbände bezahlt. Auch das finanzielle Engagement der örtlichen Träger in der offenen Jugendarbeit ist sehr unterschiedlich und in den letzten Jahren zum Teil in den Bereich der Förderung von Jugendarbeit an Schulen verschoben worden.

Die Förderung von 17 BildungsreferentInnen auf Landesebene mit einem Personalkostenzuschuss von knapp 25.000 Euro pro Stelle ist nicht ausreichend. Wenn das Land berichtet, die Antragsverfahren seien vereinfacht worden, stimmt das, andererseits sind aufgrund der knappen Förderung der Aktivitäten (insgesamt gibt das Land für alle Jugendverbände für Personalkosten, Grundförderung und Aus- und Fortbildung jährlich 1.070.000 Euro aus), die meisten Verbände darauf angewiesen, zusätzliche Förderanträge an Stiftungen und andere Geldgeber zu richten, so dass sich dadurch kein zusätzlicher Zeitgewinn für Bildungsarbeit und die Beratung der Ehrenamtlichen ableiten lässt.

Der Ausbau der fachlichen Beratung und Qualifizierung ehrenamtlicher MitarbeiterInnen wäre jedoch – wie in der Antwort auf die Frage 22 der Landesregierung ausgeführt – unbedingt sinnvoll, um weiterhin junge Menschen für das Ehrenamt zu interessieren. Allein

auf Ehrenamtsforen, auf denen dann gefordert wird, die Zahl der Ehrenamtlichen am besten gleich zu verdoppeln, kann so etwas nicht erreicht werden.

Einrichtungen der Jugendarbeit und Sportstätten

Zu Frage 24 führt die Landesregierung aus, dass insgesamt ein bedarfsgerechtes Angebot an Einrichtungen der Jugendarbeit besteht. Der Landesjugendring hält die Modernisierung und qualitative Verbesserung von Jugendbildungs- und Freizeitsstätten sowie Jugendherbergen für besonders wichtig, weil sie nicht nur schleswig-holsteinische Bedarfe decken, sondern auch für die Weiterentwicklung des Jugendtourismus im Land von zentraler Bedeutung sind. Deshalb hat die stellvertretende Vorsitzende des Landesjugendrings auf dem Neujahrsempfang des Landesjugendrings gefordert, aus dem Konjunkturprogramm II der Bundesregierung einen Betrag von 40 Mio. Euro dafür zur Verfügung zu stellen. Eine groß angelegte Qualitätsoffensive in diesem Bereich würde positive ökologische (Klimaschutz, Reduktion des Energieverbrauchs) und ökonomische Effekte (Aufträge für die regionale Wirtschaft und Steigerung der Konkurrenzfähigkeit jugendtouristischer Einrichtungen im Lande) nach sich ziehen.

Es müssen aber auch mit einer Veränderung der Richtlinie für kleine Bauvorhaben wirkungsvolle zusätzliche Hilfen gegeben werden, z.B. indem die Förderhöhe von 25.000 auf 50.000 Euro pro Maßnahme erhöht würde und der Höchstzuschussanteil von 20 auf 40 % heraufgesetzt werden würde. Die schleswig-holsteinische Sportjugend sieht darüber hinaus einen großen Bedarf in Bezug auf die Sanierung und den Ausbau von Sportstätten im Lande. Aufgrund der unzureichenden Sporthallenkapazitäten, zunehmend verschärft durch die längere Sporthallennutzung der Ganztagschulen, müssen mitunter selbst Jugendmannschaften im Winter zwischen 20.00 Uhr und 22.00 Uhr ihr Hallentraining durchführen.

Mädchen und Frauen in der Jugendarbeit

Mädchenarbeit ist in der Regel nicht strukturell, sondern personell verankert. Die Qualität und Quantität der Mädchenarbeit ist häufig vom Engagement einzelner Personen abhängig. Dort wo Mädchenarbeit angeboten wird, wird sie gut angenommen. Nur wenige Frauen, die Angebote im Bereich Mädchenarbeit machen, haben dies jedoch als spezifischen Arbeitsauftrag, in der Regel sind sie aus einer persönlichen Haltung heraus aktiv. Die oft fehlende Verankerung geschlechtsspezifischer Angebote in den Konzepten der Jugendarbeit führt dazu, dass z.B. mit einem Personalwechsel der gesamte Arbeitsbereich wegfallen kann. Für eine professionelle, qualifizierte und kontinuierliche Mädchen- und Jungenarbeit ist es notwendig, dass sie in den Konzepten der Jugendarbeit noch stärker verankert werden und entsprechende personelle Ressourcen verlässlich vorgehalten werden.

Die Jugendverbände in Schleswig-Holstein setzen auf unterschiedlichen Ebenen an, um Mädchen und Jungen zu fördern und Geschlechterstereotype abzubauen. Alle ehrenamtlichen MitarbeiterInnen in der Jugendarbeit, die eine JuLeiCa besitzen, haben sich in ihrer Ausbildung mit Fragen der geschlechtsspezifischen Sozialisation und den Möglichkeiten rollenspezifisches Verhalten aufzubrechen auseinandergesetzt. Der Landesjugendring und seine Mitgliedsverbände bieten Qualifizierungsmaßnahmen für Mädchen und junge Frauen an. Rhetorik-Seminare und Einführungswochenenden in die Vorstandsarbeit zählen zu den regelmäßigen Angeboten. Im Vordergrund steht dabei die einzelne Person, die eigene Stärken und Kompetenzen entdecken soll und lernt, sie positiv einzusetzen.

Die alle zwei Jahre in Kooperation zwischen der LAG Mädchen und jungen Frauen in der Jugendhilfe Schleswig-Holstein und dem Landesjugendring durchgeführte Mädchenmesse „mädchen und mee/hr“ bietet für Mädchen und junge Frauen die Möglichkeit, sich zu informieren, die Arbeit zu präsentieren und Standpunkte zu finden. Sie ist als landesweite Veranstaltung von und für Mädchen einzigartig und hat das Ziel, Mädchen und ihre Themen und Anliegen öffentlich wahrnehmbar zu machen.

Die in der Antwort der Landesregierung genannten Mädchentreffs bieten einen wichtigen Ort für die Mädchen, sich mit der eigenen Geschlechterrolle auseinander zu setzen und einen eigenen Lebensentwurf zu entwickeln. Die Veränderungen im Vergabeverfahren für Fördermittel des Landes (und gesunkene Mittel der Kreise) haben zu einer immer schwierigeren finanziellen Situation für die Mädchentreffs geführt. Bereits seit einigen Jahren fehlt es an einem flächendeckenden Angebot an Mädchentreffs. Hier besteht Handlungsbedarf.

Die Beobachtung (als Ergebnis der EVIT 1-Auswertung) „dass von Schülerinnen beziehungsweise Schülern und auch vielen Lehrkräften Fragen der geschlechtsspezifischen Benachteiligung im Alltag nicht mehr als relevant oder sogar als überholt betrachtet werden, weil Mädchen bei den schulischen Leistungen und Abschlüssen sehr erfolgreich sind.“ trifft auch für weite Teile der Gesellschaft zu. Nachdem Mädchen im Vergleich zu den 70er und 80er Jahren durch verschiedene Maßnahmen unterschiedlicher AkteurInnen Benachteiligungen und Rückstände im Bereich der schulischen Bildung abbauen konnten, werden vorhandene geschlechtsspezifische Benachteiligungen als individuell wahrgenommen und mit dem jeweils gewählten Beruf in Zusammenhang gebracht. Die statistischen Zahlen der Arbeitsagenturen belegen, dass sich die zehn meistgewählten Ausbildungsberufe junger Frauen trotz verschiedener Projekte und unterschiedlicher Ansätze im Vergleich zu den letzten zwanzig Jahren nicht geändert haben.

Der „Girls' Day – Mädchen-Zukunftstag“ bietet gute Möglichkeiten für Mädchen und beteiligte Unternehmen, über unterschiedliche Ausbildungsberufe in Kontakt zu kommen und Informationen über Anforderungen und das Arbeitsfeld zu geben.

Der Erfolg des Girls' Days hängt jedoch vom Engagement aller Beteiligten ab. Hier stellen die Schulen für viele interessierte Mädchen ein unüberwindbares Hindernis dar. Die Freistellung vom Unterricht wird mit der Aufgabe verbunden, über den erlebten Tag ein Referat und/oder eine Ausarbeitung zu erstellen. Diese zusätzliche Arbeitsbelastung ist keine Werbung für die Teilnahme am Girls' Day. Teilweise werden am betreffenden oder folgenden Tag Klassenarbeiten angesetzt, so dass sich eine Abwesenheit vom Unterricht als nachteilig herausstellen würde. An dieser Stelle ist die Landesregierung gefragt, einen entsprechenden Erlass und Informationen an die Schulen/Schulleitungen heraus zu geben, damit mehr Schülerinnen am Girls' Day teilnehmen können.

Die djo-Deutsche Jugend in Europa bietet seit einigen Jahren Bewerbungstrainings für Mädchen und junge Frauen mit und ohne Migrationshintergrund an. Dieses Angebot hat sich fest etabliert und findet guten Zuspruch. Es fehlt aber nach wie vor an einer zukunftsweisenden Förderungsstruktur für diesen Aufgaben- und Arbeitsbereich.

Jugendarbeit und Schule

Die Jugendverbände sind bereit, im Rahmen der Offenen Ganztagschule Angebote zu entwickeln. 2006 hat der Landesjugendring eine Rahmenvereinbarung mit dem

Bildungsministerium dazu abgeschlossen. Über die Aktion „Für mich, für uns, für alle! – Ehrenamt und Schule“ stellt der Landesjugendring Projektmittel für die Jugendverbände für Juleica-Kurse und Projektarbeit zur Verfügung. Woran es aber fehlt in diesem Bereich, sind Strukturmittel. Es nützt nur begrenzt etwas, einzelne Projekte zu fördern, wenn die Jugendverbände personell nur unzureichend in der Lage sind, dieses Arbeitsfeld systematisch zu entwickeln. Wenn ernsthaft das Potential, das Jugendverbände in die Offene Ganztagschule einbringen könnten, genutzt werden soll, müssen sie eine Förderung für BildungsreferentInnenstellen in diesem Bereich erhalten. Mit der Schaffung von 17 BildungsreferentInnenstellen ließe sich auch die Ausbildung zusätzlicher Ehrenamtlicher und der Aufbau besserer Organisationsstrukturen in der Offenen Ganztagschule anschieben.

Politische Bildung

Die Jugendverbände leisten, wie zutreffend in der Beantwortung von Frage 35 dargestellt, wird, einen entscheidenden Beitrag zur politischen Bildung, da im Jugendverband, in selbst organisierten Strukturen Demokratie ausprobiert und gelebt werden können. Wenn z.B. ein mittelgroßer Jugendverband wie die Landjugend im Land etwa 500 Mandatsträger in Orts-, Kreis- und Landesgremien hat, ist das eine außerordentlich große Zahl junger Menschen, die sich mit demokratischen Entscheidungsprozessen auseinandersetzen müssen. Die Förderung von partizipativen Strukturen ist ein zentrales Prinzip von Jugendarbeit und Jugendhilfe, das vor allem in der Jugendverbandsarbeit gelebt wird. Auch Studien der Bertelsmann-Stiftung haben belegt, dass die Mitwirkung in Vereinen und Verbänden die politische Beteiligung junger Menschen fördert.

Der § 47 Gemeindeordnung ist ein Ausdruck dafür, dass das Land den Anspruch auf Beteiligung junger Menschen in Städten und Gemeinden Ernst nimmt. Wirkungsvolle Beteiligung junger Menschen muss aber auf ihre jeweiligen Interessen und Bedürfnisse herunter gebrochen werden. Sie ist unseres Erachtens nur dauerhaft umsetzbar, wenn sich junge Menschen in Jugendverbänden oder in jugendverbandsähnlichen Strukturen organisieren, in denen sie ihre politischen, kulturellen und sozialen Lebensentwürfe wieder finden. Die Partizipation junger Menschen an Entscheidungen auf der örtlichen Ebene muss aber in Zukunft personell besser abgesichert werden. Ein Beispiel dafür, wo diese Arbeit erfolgreich läuft, ist die Stadt Ahrensburg. Dort unterstützt eine Jugendarbeiterin mit Moderationsausbildung die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen durch Beratung und praktische Mithilfe.

Über ihre Mitwirkung an Beteiligungsmodellen für Kinder und Jugendliche hinaus führen die Jugendverbände regelmäßig zu den Wahlen Aktionen durch, in denen entweder Politik und junge Menschen zusammen geführt werden oder aber z.B. über den Wahl-O-Mat junge Menschen angeregt werden, sich mit der Wahlentscheidung auseinander zu setzen. Zur Bundestagswahl wird der Landesjugendring sich mit seinen Mitgliedsverbänden am bundesweiten Projekt U18-Wahl beteiligen. Das U18-Wahlprojekt wird auch von der Evangelischen Jugend, dem Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder und von der Jugendfeuerwehr mitgetragen.

Junge Menschen ohne Schulabschluss

Die mit 9,7 % hohe Zahl von Schülerinnen und Schülern ohne Schulabschluss ist alarmierend. Zu hoffen ist aber, dass durch eine bessere individuelle Förderung an den Schulen und erfolgreiche Integrationsmaßnahmen im Rahmen der Jugendberufshilfe möglichst vielen dieser jungen Menschen nicht nur die Kenntnisse zur Erlangung eines Hauptschulzeugnisses vermittelt werden, sondern auch der Einstieg in eine Berufsausbildung

oder –tätigkeit ermöglicht wird. Darüber hinaus sind die Jugendverbände gespannt darauf, welche Ergebnisse bei der Umsetzung des Handlungsfeldes Schule und Arbeitswelt erzielt werden. Dabei wird es besonders darauf ankommen, dass sich die Bereiche Schule und Arbeitswelt stärker öffnen, damit mögliche Übergangsprobleme beim Eintritt in die Arbeitswelt gelöst werden können. Die Landespolitik sollte mehr Anstrengungen unternehmen, auch die Wirtschaft davon zu überzeugen, dass mit entsprechender Förderung auch die erfolgreiche Integration solcher jungen Menschen in Betriebe möglich ist. Der *Bürgerpreis Mittelstand* ist auf Bundesebene von den Sparkassen an eine hessische Firma verliehen worden, die gezielt ihre Auszubildenden fördert und inzwischen eine Quote von 20 % unter ihren Beschäftigten aus der Zielgruppe junge Benachteiligte festgelegt hat. Begründet hat die Firma dieses Engagement mit den guten Ergebnissen ihrer Berufseingliederungsbemühungen.

Fazit

Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU hat gezeigt, dass trotz einer positiven Bewertung der Situationen junger Menschen im Lande aus der Sicht des Landesjugendrings immer noch starke Defizite in der Förderung der Jugendarbeit bestehen. Dabei geht es nicht nur um die Landesförderung, sondern vor allem auch um den Erhalt und den notwendigen Ausbau tragfähiger Förderstrukturen auf der Ebene der örtlichen Träger. Der demographische Wandel im Land wird die Kosten für die Angebote der Jugendarbeit nach Erkenntnissen der Jugendverbände nicht sinken, sondern ansteigen lassen, weil der Aufwand, möglichst viele Kinder und Jugendliche, vor allem auch im ländlichen Raum zu erreichen, höhere Kosten nach sich ziehen wird. Die Qualität der Angebote der Jugendarbeit wird entscheidend davon abhängen, ob es gelingt, das hohe Engagement Ehrenamtlicher in der Jugendarbeit zu halten.

Für die Jugendverbände bedeutet das, die Aktivitäten im Bereich der Aus- und Fortbildung weiter zu verstärken und sowohl für Kinder und Jugendliche als auch für die Ehrenamtlichen attraktive Angebote und Programme bereit zu halten. Bedarfe für den Ausbau der Angebote in der Jugendarbeit bestehen weiterhin. Das hat z.B. auch die Durchführung der Aktion „Kein Kind ohne Ferienerholung“ 2008 gezeigt, in deren Rahmen 6 Wochen vor den Sommerferien durch die Initiative des Landesjugendrings und seiner Mitgliedsverbände 300 zusätzliche Ferienplätze für Kinder und Jugendliche aus finanziell benachteiligten Familien zur Verfügung gestellt werden konnten.

Die Aktion hat exemplarisch belegt, dass in den Jugendverbänden auch ein großes Selbsthilfepotential steckt. Um das aber nachhaltig nutzen zu können, bedarf es verbesserter Rahmenbedingungen sowohl auf der Landesebene als auch in den Kreisen, kreisfreien Städten und den Gemeinden. Jugendförderung ist kein Luxus.